

Wertstoffgesetz: Länder, Kommunen und Wirtschaft müssen weiter warten

Unterschiedliche Positionen erschweren BMUB den ersten Aufschlag

Der für Jahresbeginn angekündigte Entwurf für das Wertstoffgesetz lässt weiter auf sich warten. Inzwischen gehen einige Beobachter sogar davon aus, dass das Bundesumweltministerium (BMUB) das Gesetz nicht mehr vorlegen wird. Denn das Projekt gilt aufgrund der Gemengelage als eines der schwierigsten Vorhaben der großen Koalition im Abfallsektor. Größtes Problem für Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) sind die zum Teil diametral entgegengesetzten Vorstellungen bei der Frage, wer für die Wertstoffentsorgung künftig zuständig ist bzw. wer die Sammlung organisiert. Der Streit darüber hatte schon ihre Vorgänger Peter Altmaier und Norbert Röttgen bewogen, das Wertstoffgesetz nicht aus der Taufe zu heben.

Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) machte Ende voriger Woche erneut Druck. Der Minister forderte Hendricks auf, schnell einen Entwurf vorzulegen. „Der Vorschlag muss uns wegbringen von dem komplizierten System, das wir heute haben“, sagte er. Untersteller warb erneut für die Abschaffung der dualen Systeme in Deutschland. Künftig sollen die Stadt- und Landkreise für die Organisation der Wertstoffsammlung zuständig sein. Untersteller sagte: „Sie sollen für die Erfassung, Sortierung und Verwertung verantwortlich sein. Sie haben praktisch die Organisationsverantwortung.“ Dieser Vorschlag werde auch von den grünen Landesumweltministern in Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein unterstützt.

„Ich gehe davon aus, dass die Kommunen die Wertstoffsammlung dann in der Regel wieder

ausschreiben und somit private Anbieter auch zum Zuge kommen werden“, so der Minister weiter. Es sei wichtig, dass die Hersteller der Produkte wie bisher in der Finanzverantwortung blieben. Jeder zahle bislang für die private Entsorgung des Verpackungsmülls 13 € zusätzlich im Jahr an die damit beauftragten dualen Systeme. Zumindest drei € davon entfallen auf die Systemkosten der durch die Verpackungsverordnung künstlich geschaffenen dualen Systeme und sind deshalb aus seiner Sicht unnötig. Untersteller sagte, sein Modell mache das Ganze nicht teurer, sondern eher billiger. „Wir gehen davon aus, dass der Verbraucher dann anstatt der 13 € im Jahr nur noch zehn bis elf € zahlen muss.“

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sprach sich ebenfalls dafür aus, dass die Sammlung der Wertstoffe in kommunale Hände gelegt werden muss. Die BUND-Landesgeschäftsführerin in Baden-Württemberg, Sylvia Pilarsky-Grosch, sagte, die Einführung eines Wertstoffgesetzes sei längst überfällig.

Auch in den Fraktionen der Bundesregierung gehen die Vorstellungen über die Organisationsverantwortung für die Wertstofffassung auseinander. Die Schwierigkeiten von Ministerin Hendricks, eine Mehrheit für ein Gesetz zu finden, dürften in den Bundesländern noch größer sein. Dort fordert neben den vier grünen Umweltministerien inzwischen auch die CDU im Landtag von Niedersachsen die Abschaffung der dualen Systeme. In Kreisen der Wirtschaft sind die Vorstellungen ebenfalls nicht einheitlich. So findet das vom Bundesumweltministerium im Herbst skizzierte Kooperationsmodell bislang nur wenig Unterstützung. Nach jüngsten Gesprächen des Bundesumweltministeriums mit SPD-Parlamentariern dürfte dieses Modell wieder fraglich sein, wie gewöhnlich gut informierte Kreise aus Berlin berichten.

Das BMUB-Modell sieht vor, zwar die Produktverantwortung für Verpackungen beizubehalten, aber nicht auf stoffgleiche Nichtverpackungen auszuweiten. Verpackungen würden demnach weiter bei dualen Systemen lizenziert, die Entsorgung stoffgleicher Nichtverpackungen würden Kommunen aus Gebühren finanzieren. Die praktische Ausgestaltung der Wertstoffsammlung vor Ort soll dabei im Auftrag der Produktverantwortlichen den privaten Betreibern des dualen Systems und den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern überlassen werden. Zumindest für den Handelsverband Deutsch-

land und die drei Industrieverbände BVE, IK und Markenverband ist dieses Modell als Alternative zur Fortentwicklung der Wertstoffsammlung im Rahmen einer erweiterten Produktverantwortung für stoffgleiche Nichtverpackungen „ein pragmatischer Ansatz“.

Nach Auffassung der Verbände muss jedoch bereits im Wertstoffgesetz festgelegt werden, dass die Kommunen, entsprechend ihrer zugeordneten Verantwortung, dauerhaft auch die Finanzierungsverantwortung der Entsorgung über ihre Gebührenhaushalte gewährleisten. Eine nachträgliche, zusätzliche Belastung der Unternehmen durch produktbezogene Abgaben oder eine Quersubventionierung über Leichtverpackungen müsse ausgeschlossen werden.

Bei Kommunen stößt dieses Modell auf strikte Ablehnung, wobei die Kommunalverbände sich aber ebenfalls nicht einig über die künftige Konzeption der Wertstofffassung sind.

Dass auch die Wirtschaft nicht eine gemeinsame Linie vertritt, zeigt das jüngst vom Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) vorgestellte Konzept zum Wertstoffgesetz. Der Entsorger Alba lobte den BDI-Vorschlag. Es lohne sich, dieses erfolgreiche System weiter auszubauen und durch die Einrichtung einer Zentralen Stelle mit umfangreichen Kompetenzen dauerhaft zu stabilisieren.

Der Vorschlag des BDI spricht sich klar für eine privatwirtschaftliche Organisation und Trägerschaft der Wertstofffassung über duale Systeme aus. Vorgeschlagen wurde vom BDI, die bisher auf Verpackungen begrenzte Produktverantwortung der Hersteller und Vertrieber auch auf alle verkauften Waren, die aus Kunststoff und/oder Metall bestehen, auszuweiten. Die gemeinsame Erfassung dieser Materialien in Wertstofftonnen solle dabei weiter durch die dualen Systeme im Wettbewerb durchgeführt werden. Der BDI fordert insbesondere eine Zentrale Stelle mit umfangreichen Kontroll-Kompetenzen, die zahlreiche Aufgaben übernehmen würde, die heute die Gemeinsame Stelle der dualen System innehat.

Indes konnte sich die Arbeitsgemeinschaft Verpackung und Umwelt (AGVU) in ihrem Arbeitskreis Wertstoffgesetz kürzlich nicht auf einen überarbeiteten Positionsentwurf zum Wertstoffgesetz verständigen. Zuvor hatten wesentliche Wirtschaftsverbände, der Handelsverband Deutschland, der Markenverband, die Bundesvereinigung der Ernährungsindustrie und der Industrieverband Kunststoffverpackungen erklärt, die Vorlage der AGVU nicht mitzuzeichnen. Die vier Verbände hatten auf ihre im Dezember beschlossene eigene Position verwiesen, die das von Bundesumweltministerium im Herbst skizzierte Kooperationsmodell als „eine gute Gesprächsgrundlage“ bezeichnet. (dpa/eigener Bericht)

► Fortsetzung von Seite 23

der Kommission Catherine Day verantwortlich machte. Er führte die Entscheidung unter anderem auf Lobbydruck von BusinessEurope, einem Dachverband europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände, sowie weiterer Verbände zurück. Aus seiner Sicht sollte das vorliegende Paket beibehalten und gegebenenfalls in zwei Lesungen statt einer von Parlament und Rat behandelt werden.

Auch der CDU-Abgeordnete Karl-Heinz Florenz kritisierte die Einflussnahme von Verbänden, allerdings ohne Namen zu nennen, und beklagte, dass EU-Umweltkommissar Vella bei diesem kontroversen Thema nicht selbst zu dem Ausschuss spreche. Er bezeichnete es als nicht glaubhaft, dass die Kommission das Gesetzgebungspaket wie angekündigt innerhalb des Jahres verbessern könne. □